Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 16. Sitzung

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
13. Juni 2013	**15:30 Uhr**	**17:10 Uhr**	**Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12**

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.04.2013	
TOP 3	Aufstellung der Haushalte 2014 und 2015 Produktplan 21/Teilbudget Bildung	L71/G77-18
TOP 4	Finanzielle Absicherung der Unterrichtsversorgung 2013	L72/G78-18
TOP 5	Entwurf der Neufassung der Ganztagsschulverordnung	L73-18
TOP 6	Neufassungen und Änderungen der Zeugnisordnung, Versetzungsordnung und weiterer Verordnungen	L74-18
TOP 7	Rückführung der im Haushaltsjahr 2012 durch den Produktplan 24 Wissenschaft vorfinanzierten Mittel für Energiekosten im Produktplan 21 Bildung	L75/G82-18
TOP 8	Verschiedenes	

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Die Deputation für Bildung genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

Herr Dr. vom Bruch kündigt Nachfragen unter dem TOP Verschiedenes an. Zur Frage nach einer bereits 2013 vorgenommenen Kürzung der Zuschüsse für Privatschulen um

2 % entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsausschuss, antwortet Herr Staatsrat Kück, dass es eine derartige Kürzung der Zuschüsse in 2013 nicht gebe.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.04.2013

Frau Vogt bittet zu TOP 5 um Aufnahme ihres Hinweises in der Sitzung, dass die Ausbildung der Referendare Landessache sei.

Die Deputation genehmigt das Protokoll nach Maßgabe dieser Änderung einstimmig.

TOP 3 Aufstellung der Haushalte 2014 und 2015 Produktplan 21/Teilbudget Bildung L71/G77-18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt in das Thema ein. Herr Staatsrat Kück erläutert die Grundzüge der mit dieser Vorlage erstellten Haushaltsplanung für die Jahre 2014 und 2015. Im konsumtiven Bereich konnten die Punkte BAFöG, Heizkosten, Echtmieten und Privatschulen berücksichtigt werden, für die Assistenzen müsse noch eine Lösung gefunden werden. Im investiven Bereich seien die tatsächlichen Bedarfe sicher höher als es im Entwurf abgebildet werden konnte. Die Entwürfe im personellen Bereich müssten vor dem Hintergrund der bestehenden Haushaltslage bewertet werden. Hier sei besonders auf die Verstetigung von Ganztagsmitteln und die Vertretungsreserve hinzuweisen.

Herr Dr. vom Bruch bittet darum, die Vorlage chronologisch durchzuarbeiten.

Daraufhin wird die Vorlage von der Deputation ausführlich diskutiert und einzelne Aspekte auf Nachfragen durch Herrn Staatsrat Kück und Frau Moning erläutert. Bei den prognostizierten Einnahmen werden die zu erwartenden BuT-Mittel des Bundes sowie die Frage des zu erwartenden Gastschulgeldes thematisiert. Im Personalbereich geht es insbesondere um geplante und bereits umgesetzte Eigenanstrengungen im Bereich der Lehrerversorgung, die Verwendung von Ganztagsmitteln, die Erreichung der durch die Verbesserung des Gesundheitsmanagements erwarteten Effekte und den Vergleich der Standards der Unterrichtsversorgung zwischen Bremen und Bremerhaven. Darüber hinaus werden unter anderem Fragen nach der Berücksichtigung des Standortes Ohlenhof bei der Investitionsplanung sowie nach der Zukunft des Medienzentrums Nord gestellt.

In der anschließenden Aussprache begrüßt Herr Güngör den Entwurf im Grundsatz, gibt aber zu bedenken, dass die PEP-Quote ein noch zu lösendes Problem darstelle. Frau Vogt sieht in den zusätzlichen Mitteln lediglich eine Kompensation für zurückliegende Einsparungen und äußert Bedenken an der Auskömmlichkeit. Herr Dr. vom Bruch sieht die Perspektive der Ganztagsentwicklung zu Gunsten einer Deckung des Grundbedarfes beschränkt. Herr Fecker sieht im personellen und investiven Bereich vor dem Hintergrund der Zielsetzung einer guten Bildung im Rahmen eines finanziell handlungsfähigen Staates gute Ansätze. Die Befassung in der Deputation sei im Übrigen auch erst der Beginn der Debatte um den Doppelhaushalt.

Herr Staatsrat Kück weist im Zusammenhang mit den kritischen Anmerkungen zur Ganztagsentwicklung noch einmal auf die Einrichtung der Ganztagsschule am Pfälzer Weg zum Schuljahr 2014/15 hin.

Herr Seggermann (Landesarbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft) weist angesichts des Haushaltsansatzes auf die gestiegenen inhaltlichen Anforderungen auch der Privatschulen hin.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt dankt für die Aussprache.

Beschluss: (einstimmig)*:*

1. Die Deputation für Bildung nimmt die Haushaltsentwürfe 2014 und 2015 zur Kenntnis.
2. Die Deputation bestätigt die Zulässigkeit der Ausgaben nach Art. 131 a BremLV (Anlage C).

TOP 4 Finanzielle Absicherung der Unterrichtsversorgung 2013 **L72/G78-18**

Herr Staatsrat Kück ruft die Vorlage auf und erläutert den bisherigen Verfahrensstand einschließlich der Beschlussfassung im Senat.

Frau Vogt erklärt, sie werde der Vorlage ausdrücklich nicht zustimmen, da der dargestellte Weg zur Sicherstellung der Lehrerversorgung nach ihrer Auffassung zu Lasten anderer Bereiche gehe. Herr Dr. vom Bruch sieht das Ressort bei den Einsparbemühungen allein gelassen. Herr Güngör sieht in der Erhöhung der Zielzahlen sehr wohl eine Anstrengung des Senates.

Beschluss: 8 Stimmen dafür (Grüne und SPD)

4 Stimmen dagegen (CDU und DIE LINKE)

Die Deputation für Bildung stimmt den Nachbewilligungen zu und bittet um Weiterleitung an den Haushalts- und Finanzausschuss.

TOP 5 Entwurf der Neufassung der Ganztagsschulverordnung L73-18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt in die Vorlage ein. Auf Nachfrage von Frau Böschen erläutern Frau von Ilsemann die Evaluationsinstrumente und Frau Moning die Kosten der Früh-, Spät- und Ferienbetreuung.

Herr Dr. vom Bruch erklärt, dass die CDU der Vorlage nicht zustimmen werde, da eine Festlegung auf gebundene Ganztagsschulen als Perspektive fehle. Außerdem seien die Ressourcenfragen nicht geklärt. Herr Fecker sieht als politische Zielsetzung nach wie vor das Modell der gebundenen Ganztagsschule.

Frau Vogt erklärt, der Entwurf sei im Grundsatz in Ordnung, sie werde sich aber bei der Abstimmung enthalten, da die Ressourcenfrage nicht thematisiert bzw. geklärt sei.

Beschluss: 8 Stimmen dafür (Grüne und SPD)

3 Stimmen dagegen (CDU)

1 Enthaltung (DIE LINKE)

Die Deputation für Bildung stimmt dem Entwurf der Neufassung der Ganztagsschulverordnung zu.

TOP 6 Neufassungen und Änderungen der Zeugnisordnung, Versetzungsordnung und weiterer Verordnungen **L74-18**

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt in die Vorlage ein. Herr von Lührte benennt die wesentlichen Eckpunkte der Änderungen und erläutert die diesbezüglich im Beteiligungsverfahren vorgetragenen Einwände sowie das Umgehen damit. Im Wesentlichen seien dies die Themen Notenbefreiung, Zuerkennung des mittleren Schulabschlusses in der gymnasialen Oberstufe und Anerkennung der Freiwilligendienste als praktischer Teil der Fachhochschulreife gewesen.

Die Frage der Berücksichtigung der Freiwilligendienste wird von der Deputation eingehender diskutiert. Herr Güngör weist auf die Wichtigkeit der Abstimmung mit den Trägern hinsichtlich der qualitativen Anforderungen hin.

Frau Vogt bittet um einen Bericht über den Umgang der Schulen mit der Soll-Regelung zur Prüfung zum mittleren Schulabschluss.

Herr Dr. vom Bruch sieht in der Verordnung einen weiteren Schritt in Richtung Aufgabe von Schulnoten als Instrument der Vergleichbarkeit und Leistungssicherung und kündigt deswegen die Nicht-Zustimmung an.

Beschluss: 9 Stimmen dafür(SPD und Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

3 Stimmen dagegen (CDU)

Die Deputation für Bildung beschließt die anliegenden Verordnungen.

TOP 7 Rückführung der im Haushaltsjahr 2012 durch den Produktplan 24 Wissenschaft vorfinanzierten Mittel für Energiekosten im Produktplan 21 Bildung L75/G82-18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert kurz die mit der Vorlage dargestellte Rückführung der im vergangenen Jahr aus dem Produktplan 24 (Wissenschaft) vorübergehend zur Deckung von Mehrbedarfen bei den Heizkosten im Schulbereich in Anspruch genommenen Mittel.

Beschluss: 8 Stimmen dafür (SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

4 Stimmen dagegen (CDU und DIE LINKE)

Die Deputation für Bildung stimmt den Einsparungen zu. Sie bittet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft mit dem September Controlling einen Prüfbericht vorzulegen.

TOP 8 Verschiedenes

- Herr Dr. Vom Bruch bittet um eine darstellende Übersicht, an welchen Wettbewerben sich Bremer Schulen beteiligen.

Senatorin

Sprecher

Protokollantin